

Presse-Information

Nr. 03/2015

Verein Deutsche Sprache zu Gast in Wittenberg

Sprach- und Kulturverein tagte in der Lutherstadt • Jörg Bönisch aus Halle (Saale) in den Vorstand gewählt • Wittenberger Erklärung verabschiedet

(Lutherstadt Wittenberg/Halle (Saale), 5. Juli 2015) Rund 200 Vertreter des Vereins Deutsche Sprache e. V. (VDS) kamen in der Lutherstadt Wittenberg zu ihrer Delegiertenversammlung zusammen. Wichtigster Tagesordnungspunkt am Sonnabend (04.07.) war die Neuwahl des Vorstands. Dabei wurde Jörg Bönisch, stellvertretender Leiter der Regionalgruppe Sachsen-Anhalt, in den Vorstand gewählt: „Ich freue mich, nun auch im Vorstand die Geschicke des Vereins mit lenken zu können.“ Das weitere Programm drehte sich rund um die deutsche Sprache: eine Bildungsfahrt an die Originalschauplätze von Lucas Cranach und Eike von Repgow, die Zukunft der deutschen Dialekte und die Auswirkungen des Transatlantischen Handelsabkommens TTIP auf die Sprachen Europas. In der mit großer Mehrheit verabschiedeten „Wittenberger Erklärung“ wird die Bundesregierung aufgefordert, bei dem geplanten Freihandelsabkommen TTIP auch auf die Belange von Sprache und Kultur zu achten. Insbesondere befürchten sie, dass alle Sprachen außer dem Englischen als sogenannte „nichttarifäre Handelshindernisse“ diskriminiert und aus dem öffentlichen und dem Wirtschaftsleben zurückgedrängt werden könnten.

„Wittenberg ist die Stadt Luthers und hatte für die Freunde der deutschen Sprache natürlich viel zu bieten“, betonte der wiedergewählte VDS-Vorsitzende Prof. Dr. Walter Krämer. Die feierliche Eröffnungsveranstaltung fand am Freitag (03.07.) im Auditorium Maximum der Leucorea statt. Es sprach der frühere Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt, Prof. Dr. Wolfgang Böhmer. Die Festrede hielt Prof. Dr. Hans-Joachim Solms, Sprachwissenschaftler an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Sein Thema lautete: „Über das ‚Verwirrende‘ der deutschen Sprache – und darüber, wozu es gut ist“. Arne-Grit Gerold, ehrenamtliche Leiterin der Regionalgruppe Sachsen-Anhalt des VDS, fasste zusammen: „Es erfüllt uns mit Freude, die diesjährige Delegiertenversammlung zur vollsten Zufriedenheit unserer Gäste ausgerichtet zu haben. Bereits 2011 waren wir Gastgeber in Merseburg.“

Anmerkung: Den Text der Wittenberger Erklärung finden Sie auf der Folgeseite.

Regionalleiterin:
Arne-Grit Gerold
Tel. 0345 6857106
Fax 0345 6857105

stv. Regionalleiter:
Jörg Bönisch
Tel. 0345 5483585/0160 97472604
Fax 0345 5483584

Beisitzer:
Bernd Eggeling
Tel. 039293 5225

presse@vds-ev-sachsen-anhalt.de, www.vds-ev-sachsen-anhalt.de



Bürger für die Erhaltung der sprachlichen und kulturellen Vielfalt Europas

Geschäftsführender Vorstand
Prof. Dr. Walter Krämer (1.Vors.)
Dr. Gerd Schrammen (2.Vors.)
Dr. Walter Terschüren (Schatzmeister)

Geschäftsstelle
Geschäftsführer: Dr. Holger Klatte
Martin-Schmeißer-Weg 11 | 44227 Dortmund
Postfach 10 41 28 | 44041 Dortmund
Tel.: 0231 7948520 | Fax: 0231 7948521
www.vds-ev.de | info@vds-ev.de

Bankverbindung
Dortmunder Volksbank
Konto-Nr. 248 162 6600
BLZ 441 600 14
IBAN: DE 72 4416 0014 2481 6266 00
BIC: GENODEM1DOR



Folgen eines Freihandelsabkommens (TTIP) USA / EU
für unser Land und seine Bürger
Wittenberger Erklärung vom 04.07.2015

Die Delegierten des Vereins Deutsche Sprache haben auf ihrer Jahresversammlung am 4. Juli 2015 in Wittenberg die folgende Erklärung beschlossen:

Das beabsichtigte Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der EU und den USA erhöht die Verletzlichkeit der westlichen Demokratien durch von ihm ausgehende ökonomische Zwänge. Dies ist demokratiefeindlich, weil es Rechte und Erwartungen der Bürger Deutschlands und der EU gefährdet:

1. *Das Recht auf Kommunikation in der Landessprache:* Der Anspruch des Englischen auf ein Kommunikationsmonopol in allen wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens, z. B. der Gerichtsbarkeit, würde unter einem TTIP enorm wachsen, ebenso der Druck, unter dem dort schon alle „weniger rentablen“ Landessprachen der EU und insbesondere auch das Deutsche stehen.
2. *Weitere Schutzrechte:* Der Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse würde über die Verdrängung der Landessprachen hinaus voraussichtlich auch Schutzrechte und Gewährleistungen für Bürger, Arbeitnehmer und Konsumenten beeinträchtigen, insbesondere im Bereich des sprachlichen Verbraucherschutzes und der staatlich geförderten Kultur.
3. *Staatliche Handlungsfähigkeit:* Im Vorfeld nationaler Gesetzgebungsvorhaben würde die Handlungsfähigkeit der staatlichen Institutionen durch die unter einem Abkommen vorgesehene politische Abstimmung USA/EU eingeschränkt.
4. *Vertrauen in die Demokratie:* Unsere demokratisch legitimierte Gerichtsbarkeit liefe durch das unter TTIP vorgesehene Recht von Investoren, unseren Staat vor privaten Schiedsgerichten zu verklagen, ins Leere, mit gefährlichen Folgen für das weitere Ansehen der Demokratie.

Die Delegierten des VDS erwarten deshalb, dass Bundesregierung, Parlamente und die politischen Parteien die verfassungsgemäßen Rechte der Bürger wahren und insbesondere einer Abwertung der deutschen Sprache als „nichttarifäres Handelshindernis“ entgegenreten.